

**Fraktion Liste Solidarität
Marktplatz 4
Stadtverordneter Bernd Heyl
65428 Rüsselsheim**

Rüsselsheim, 3.3.2005

An den Magistrat
über das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers

Z. Hd. Frau Breunig

**Betrifft: Kinderfreundliches Rüsselsheim
Hier: Kinderarmut und Schulentwicklungsplan**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird beauftragt im Rahmen des zu verabschiedenden Schulentwicklungsplanes der auch in Rüsselsheim zunehmenden Kinderarmut Rechnung zu tragen. Es müssen geeignete Maßnahmen entwickelt, festgelegt und ergriffen werden, um:

- das quantitative Ausmaß von Kinderarmut zu erfassen,
- eine genaue Beschreibung der Lebenslagen von in Armut lebenden Kindern zu bekommen,
- ein öffentliches Bewusstsein für Kinderarmut und die Folgen für die betroffenen Kinder zu schaffen,
- im Bereich der Schulen, der Jugendhilfe und der Jugendpflege kompensatorische Angebote zu bieten, die den negativen Auswirkungen von Kinderarmut nachhaltig entgegenwirken.

Begründung:

Die dramatische Zunahme von Arbeitslosigkeit, die explosionsartige Ausdehnung des Niedriglohnssektors in Deutschland verbunden mit dem Entstehen einer Schicht von “working poor” und die Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus haben dazu geführt, dass sich die Kinderarmut in Deutschland in Zeit der von 1989 bis heute verdoppelt hat. (Vgl.: www.unicef.de/kinderarmut.html) Nicht erst seit der Opel-Krise muss davon ausgegangen werden, dass diese Entwicklung auch und gerade in Rüsselsheim dramatische Folgen zeitigt. Zahlreiche Aspekte, die heute unter dem Stichwort “Integration von Migrantinnen und Migranten” diskutiert werden sind eigentlich soziale Fragen und mit zunehmender Verarmung immer größer werdender Teile unserer Gesellschaft steigt auch hier die Brisanz. Die Lebenslagen von Migrantenfamilien aus bildungsfernen Schichten bieten Kindern noch weniger Möglichkeiten Armutslagen zu bewältigen. Es kommt darauf an, diese Problematik bei der Weiterentwicklung von Schulsozialarbeit, der Jugendpflege, der Betreuungsangebote in Ganztagschulen, Betreuungsschulen und Kitas sowie bei der Erarbeitung des regionalen Bildungsprogramms endlich als eines der zentralen Themen anzuerkennen und entsprechende Ziele und Maßnahmen zu formulieren.

Für die Liste Solidarität

Bernd Heyl